

Kreisverband Hannover-Stadt stellt SoVD-Engagement vor

Austausch mit Swantje Michaelsen

Anfang Mai besuchte Swantje Michaelsen, Bundestagsabgeordnete und Politikerin von Bündnis 90/Die Grünen, die Landesgeschäftsstelle des SoVD in Hannover. Bei diesem Termin tauschte sie sich mit Ingeborg Saffe, 1. Vorsitzende des Kreisverbands Hannover-Stadt, und mit Dirk Swinke, SoVD-Landesgeschäftsführer, aus. Michaelsen ist im vergangenen Jahr in ihrem Wahlkreis in Hannover als Abgeordnete in den Deutschen Bundestag gewählt worden. Dort ist sie als Mitglied im Verkehrs- sowie im Petitionsausschuss tätig. Beim Termin mit Saffe und Swinke hatte Michaelsen Gelegenheit, einen ers-

ten Einblick in die Arbeit des SoVD zu erhalten. Neben dem SoVD-Engagement vor Ort in Hannover interessierte sich Michaelsen besonders für die Themen Inklusion und Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Swinke und Saffe berichteten über die Arbeit in den 50 SoVD-Beratungszentren in Niedersachsen und stellten das aktuelle „Schwarzbuch sozial“ des SoVD mit besonders ungerechten Fällen aus der Beratung vor. Zum Abschluss des Termins lud die 1. Kreisvorsitzende Michaelsen zu einer Hospitation im SoVD-Beratungszentrum in Hannover ein. Diese Einladung wurde dankend angenommen.



Foto: Sara Masić

Swantje Michaelsen (Mitte) informierte sich in der niedersächsischen Landesgeschäftsstelle über die Arbeit des SoVD.

Pflegende Angehörige können Anspruch auf Leistungen der Unfallversicherung haben

Bei der Pflege unfallversichert

Ob unglücklich gestürzt und den Arm gebrochen oder beim Umlagern den Rücken verletzt: Unter bestimmten Voraussetzungen sind pflegende Angehörige automatisch über die gesetzliche Unfallversicherung versichert, wenn etwas im Zusammenhang mit ihrer Pflegetätigkeit passiert – das gilt auch für Wegstrecken vom beziehungsweise zum Pflegeort.

Verletzen sich pflegende Angehörige bei Tätigkeiten, die direkt etwas mit der pflegebedürftigen Person zu tun haben, kann dies unter bestimmten Voraussetzungen als Arbeitsunfall gelten. Dann stehen ihnen Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung zu. „Abgedeckt sind sowohl klassische Pflegetätigkeiten als auch Haushaltsaufgaben, die für Pflegebedürftige

übernommen werden“, informiert Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen. Außerdem sind Wegstrecken von oder zum Wohnort versichert – zum Beispiel bei Besorgungen. Die Betroffenen müssen allerdings bei der Pflegekasse als Pflegeperson gemeldet sein.

Eine weitere Voraussetzung ist, dass die pflegebedürftige Person den Pflegegrad zwei

oder höher zuerkannt bekommen hat. Zudem muss die häusliche Pflege an mindestens zwei Tagen in der Woche und im Umfang von insgesamt mindestens zehn Stunden geleistet werden. Haben pflegende Angehörige einen Anspruch auf Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung, sollten sie sich nach einem Unfall direkt an eine*n Ärztin*Arzt wenden und melden, dass er im Rahmen der häuslichen Pflege passiert ist. „Geben Mediziner*innen den Vorfall nicht an die Unfallversicherung weiter, sollten Betroffene dies unbedingt selbst tun“, rät Lorenz. Erst dann könnten die Kosten für beispielsweise Behandlungen, Rehabilitationsmaßnahmen oder Fahrtkosten übernommen werden. „In besonders schweren Fällen kann sogar ein Anspruch auf Rente bestehen“, fügt Lorenz hinzu. Für Fragen hierzu oder zu weiteren Pflegethemen stehen die SoVD-Berater*innen unter 0511 65610720 zur Verfügung.



Foto: Rawpixel.com / Adobe Stock

Viele Pflegende betreuen ihre pflegebedürftigen Familienangehörigen zu Hause in deren Wohnung. Unfälle sind auch hier möglich.

Pflege und bezahlbares Wohnen: SoVD führt Gespräche mit Oberbürgermeister und Sozialdezernentin

SoVD-Dialog in Oldenburg

Zum SoVD-Dialog trafen sich Oldenburgs Oberbürgermeister Jürgen Krogmann und Sozialdezernentin Dagmar Sachse sowie Prof. Dr. Martina Hasseler, Benjamin Kruse, beide im Vorstand des SoVD-Kreisverbands Oldenburg-Delmenhorst, und Dr. Jörg-Christian Hülper, SoVD-Regionalleiter. Im Rathaus zu Oldenburg standen soziale Themen wie Pflege, Altersarmut und bezahlbares Wohnen auf der Agenda.

„Wir müssen uns als Kommune beim Thema Pflege und Gesundheit noch besser aufstellen. Das berührt fast alle Ämter in meinem Dezernat“, sagte Dagmar Sachse. „Die Pflege von alten, aber auch jungen Menschen wird ein Schwerpunktthema werden.“ Dabei gehe es um stationäre ebenso wie um häusliche Betreuung. Martina Hasseler vom SoVD wies darauf hin, dass der SoVD hier grundsätzliche Reformen fordere: „Eine bedarfsgemessene Bezahlung, eine verbesserte Personalbemessung, neue Arbeitszeitmodelle, mehr Nachwuchsförderung und gute Weiterbildungsangebote.“ Viele Menschen leiden zudem an Einsamkeit. „Das ist ebenfalls ein bedeutsames Thema für die Zukunft angesichts der Tatsache, dass in mehr als der Hälfte der Haushalte in Oldenburg nur eine Person lebt“, betonte Sachse. Da besonders pflegebedürftige Menschen oft von Einsamkeit betroffen seien, könne der Ansatz der „Community Health Nurse“ helfen, so Hasseler. Dieses Berufsbild ähnele dem der



Foto: Dr. Hergen H. Riedel

Vertreter*innen des SoVD in Oldenburg-Delmenhorst sprachen mit Sozialdezernentin Dagmar Sachse (Mitte) und Oberbürgermeister Jürgen Krogmann (2.v.r.).

Gemeindefrauen, die es bis in die 1970er Jahre zur gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung von Menschen in ihrem Lebensumfeld gab. Krogmann ergänzte zu dem Thema: „Wir brauchen viele Begegnungsorte, weil wir nicht mehr in gewohnten urbanen Quartieren und Strukturen leben, die wie früher Unterstützung bieten.“

Eine weitere Herausforderung in Oldenburg ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Krogmann verwies auf den Neubau von Wohnungen allein auf dem Gelände des Fliegerhorstes sind es 1.000. Der Bedarf pro Jahr liege bei etwa 600, 20 Prozent davon sollen sozial gefördert sein. „Oldenburg hat große Anziehungskraft, der Woh-

nungsbau kommt kaum nach.“ Doch es fehlen Grundstücke, sodass eine – von manchen kritisierte – Verdichtung des Wohnraums oft geboten sei. Krogmann sieht einen „Zielkonflikt“: Das Dilemma sei, auf der einen Seite bezahlbaren, möglichst barrierefreien Wohnraum zu schaffen, auf der anderen preisorientiert vorzugehen und mehrgeschossige Wohnformen zu errichten. Die SoVD-Vertreter*innen hatten besonders die Bezahlbarkeit von Wohnraum im Blick. „Die Möglichkeiten der Stadt Oldenburg, für Menschen mit kleinen Einkommen einen Ausgleich für steigende Preise und Mieten zu schaffen, sind zwar gering. Die Stadt kann aber Stellschrauben vor Ort drehen: Sie sollte den Wohnungsbau weiter fördern, damit sich die angespannte Lage im unteren Mietsegment nicht weiter zuspitzt“, sagte Kruse. „Hartz IV-Empfänger*innen oder Asylbewerber*innen müssen ebenso Wohnraum finden wie Geflüchtete.“

PETITION

Wohnortnahe Geburtshilfe

In Niedersachsen ist die freie Wahl der Geburtsbegleitung gefährdet. In den vergangenen sieben Jahren schlossen 20 Kreißsäle. Diese Schließungen führen zu gesundheitlichen Risiken, da eine wohnortnahe Versorgung nicht mehr überall gesichert ist und noch vorhandene Kreißsäle überbelegt werden müssen. Pläne für ein neues Krankenhausgesetz in Niedersachsen sehen die Geburtshilfe nicht als Teil der Grundversorgung vor, die für alle Menschen von ihrem Wohnort aus in 30 Minuten erreichbar sein muss. Als Mitglied im Aktionsbündnis „Gesundheit rund um die Geburt“ unterstützt der SoVD daher die Petition „Wir fordern wohnortnahe Geburtshilfe in Niedersachsen!“. Die Petition können Sie unter www.change.org (Suchbegriff „Geburtshilfe“) unterstützen.

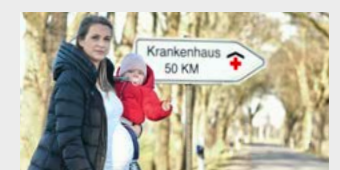


Foto: Foto- und Bilderwerk